

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(62. - öffentliche - Sitzung am 26. September 2019)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des 8. Mai 2020 als Feiertag in das Niedersächsische Gesetz über die Feiertage**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3262](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung
- Stiftung niedersächsische Gedenkstätten
- Deutscher Gewerkschaftsbund, - Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
- NBB - Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion
- Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen e. V.

2. a) **eSport in Niedersachsen endlich ernst nehmen!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2566](#)

b) **Wandel im Sport fördern - eSports-Strukturen unterstützen und gestalten**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2692](#)

Der Ausschuss führte zu den Anträgen eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Landessportbund Niedersachsen
- game - Verband der deutschen Games-Branche e. V.
- Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften

3. **Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Glücksspieländerungsstaatsvertrag**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4571](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung. Zum weiteren Verfahren einigte er sich darauf, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten.

4. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/154](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Er bat den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung nach § 28 Abs. 4 GO LT um eine Stellungnahme zu Artikel 2/1 des Änderungsvorschlags der Fraktionen von SPD und CDU in der Fassung der Vorlage 31. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen und vorbehaltlich eines zustimmenden Votums des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 31 mit den in der Sitzung beschlossenen Änderungen anzunehmen. Außerdem behandelte der Ausschuss elf **Eingaben**.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: FDP, AfD

Enthaltung: GRÜNE

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Jens Ahrends (AfD).

b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1839](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: FDP, AfD

Enthaltung: -

5. **Antrag auf Unterrichtung zu [Drs. 18/4548](#) „Mehr politische Bildung für die Polizei gegen mögliche rechtsnationale Tendenzen?“**

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema in einer der nächsten Sitzungen.